



Ministerium für
Schule, Jugend und
Kinder des Landes
Nordrhein-Westfalen

NRW.

Presseinformation

Völklinger Str. 49
40221 Düsseldorf
Telefon (0211) 896-3505/06
Telefax (0211) 896-3225

Größere Freiräume und der kritische Blick von außen sorgen für bessere Schulen

Ute Schäfer: Bis 2009 werden alle Schulen in Nordrhein-Westfalen selbstständig

Das Ministerium für Schule, Jugend und Kinder in NRW teilt mit:

Düsseldorf, 15. April 2005. Über 80 Prozent der Schulen des Modellvorhabens „Selbstständige Schule“ sind mit dem bisherigen Projektverlauf zufrieden und sehen ihre Erwartungen erfüllt. Die größere Selbstständigkeit habe zu einer Aufbruchstimmung in den Schulen geführt und das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer gesteigert. Das ergab eine Umfrage des Schul- und Jugendministeriums unter den 278 Schulen, die in 19 Modellregionen an dem gemeinsamen Projekt des Ministeriums und der Bertelsmann-Stiftung teilnehmen.

Rund 90 Prozent der Schulen haben vor allem die pädagogischen Möglichkeiten des Modellprojektes genutzt, also zum Beispiel die Stundentafeln verändert, fächerübergreifende Lernprojekte ins Leben gerufen, oder jahrgangsübergreifende Lerngruppen gebildet. 20 Prozent der Schulen erproben neue Formen der Leistungsbewertung, haben die Versetzung auf Probe eingeführt oder gar das Sitzenbleiben abgeschafft. Drei Viertel der Schulen haben die Möglichkeit genutzt, Stellen zu kapitalisieren, das heißt statt Personal lieber Geldmittel genommen. Im Schnitt waren das bei den Schulen 0,6 Stellenanteile oder etwa 25.000 Euro.

Schul- und Jugendministerin Ute Schäfer unterstrich, dass es sich bei diesem Modellvorhaben nicht um ein Projekt handle, dass parallel zu den übrigen Reformvorhaben in NRW laufe, sondern dass es das erklärte Ziel der Landesregierung sei, bis 2009 alle Schulen in NRW selbstständig zu machen. Durch die Verabschiedung des neuen Schulgesetzes hätten bereits alle Schulen größere Freiräume erhalten, nicht nur die Teilnehmer des Modellprojektes.

"Die Selbstständigkeit von Schulen war und ist für uns nie Selbstzweck gewesen. Wir wollen selbstständige Schulen, weil wir überzeugt sind, dass sie die besseren Schulen sind. Das haben uns internationale Erfahrungen eindeutig gezeigt", betonte Schul- und Jugendministerin Ute Schäfer. "Dort beschränkt sich die Bildungspolitik darauf, klare Standards zu definieren und deren Einhaltung durch regelmäßige Leistungsmessungen zu überprüfen - und überlässt ansonsten die pädagogische Ausgestaltung des Schulalltags den Schulen und ihren Partnern. Genau das ist der Weg, den wir in NRW gehen."

Die Ministerin wies darauf hin, dass alle Schulen Kernlehrpläne erhalten, dass sie sich regelmäßigen Leistungsüberprüfungen stellen müssen - zum Beispiel bei den Lernstandserhebungen in der Grundschule und zu Beginn der Klasse neun - und dass Abschlussprüfungen mit landesweit einheitlichen Prüfungsaufgaben für die unterschiedlichen Schulabschlüsse eingeführt werden. "Zusammen mit den geplanten Schulinspektionen haben wir damit einen Rahmen gesteckt, der eine klare Leistungsorientierung und Qualitätssicherung gewährleistet und damit die Basis für selbstständige Schulen bildet."

Innerhalb dieses Rahmens sollen alle Schulen weitgehende Freiheiten erhalten. Sie sollen insbesondere

- den Unterricht so organisieren können, wie sie es für richtig halten. Das heißt, sie sollen Schwerpunkte bei den Stundentafeln setzen, vom 45-Minuten-Rhythmus abkehren oder fächerübergreifend unterrichten können.
- ihr Personal aussuchen und einstellen können. Das heißt in einem gewissen Rahmen entscheiden können, ob sie Lehrerinnen und Lehrer oder andere Fachleute für den Unterricht engagieren wollen.
- über den Einsatz ihrer Mittel entscheiden können. Das heißt, sie sollen – ebenfalls in einem gewissen Rahmen – wählen können, ob sie statt Personal Geld bevorzugen, Stellen also kapitalisieren wollen.

Schäfer: "Das sind meine Ziele. Aber alle Schulen in NRW haben bereits Freiräume, die sie nutzen können und die durch das neue Schulgesetz noch größer werden."

Die Ministerin nannte als Beispiele:

- Rund 95 Prozent der neu eingestellten Lehrerinnen und Lehrer in NRW werden bereits heute von den Schulen ausgesucht und eingestellt.
- Die Mitwirkungsgremien erhalten eine größere Verantwortung: In den Schulkonferenzen der weiterführenden Schulen entscheiden vom kommenden Schuljahr an Eltern-, Schüler- und Lehrervertreter in allen nicht den Kernbereich des Unterrichts betreffenden Fragen gleichberechtigt.
- Mit den Schulprogrammen haben sich die Schulen in NRW ein eigenes pädagogisches Profil gegeben und entwickeln es kontinuierlich weiter.
- Mit den schuleigenen Fortbildungsbudgets können die Schulen eine gezielte Qualifizierung der Kollegien erreichen.
- Bei den Stundentafeln, die gerade für die weiterführenden Schulen neu festgelegt werden, erhalten insbesondere die Hauptschulen und Realschulen durch die Ausweitung der Unterrichtszeit Freiheiten, eigene Schwerpunkte zu setzen und Schüler gezielter dort zu fördern, wo es die Schulen für angezeigt halten.

Schäfers Resümee: "Selbstständigkeit ist kein Selbstzweck. Der Staat bleibt in der Verantwortung für die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen und für die Rahmenbedingungen, unter denen die Schulen arbeiten. Er verabschiedet sich aber von kleinteiliger Detailsteuerung, von einer Politik, die alles und jedes vorschreiben will zugunsten einer Pädagogik, die im Interesse der Kinder und Jugendlichen den Schulen mehr Freiräume auf dem Weg zu den klar definierten, leistungsorientierten Zielen einräumt."